

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an. Für Leipzig nehmen Bestellungen an: die Expedition, Hohe Str. 4. A. Debel, Peterstr. 18. F. Thiele, Emilienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementpreis: für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Sgr. Filial-Expedition für die vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

Den Schriftenverkauf betreffend.

Die Expedition ist angewiesen, Schriften unter keinen Umständen und gleichviel in welchem Betrag auf Kredit an Einzelne abzugeben, sondern nur gegen Baarzahlung oder Postnachnahme. Ausgenommen hiervon sind diejenigen, welche bereits Konti's bei uns haben und die Filial-Expedition. Die bis Anfang Juli bezogenen und noch nicht bezahlten Schriften sind im Laufe des Monats August zu berichtigen. Leipzig, den 12. August 1872. Die Verwaltungskommission.

Anträge zum Kongress.

- Die Spandauer Partei-Mitglieder beantragen:
- 1) Die Agitation zur Gründung von Parteimitgliedschaften resp. für Gewinnung von Parteigenossen kräftiger und geregelter zu betreiben.
 - 2) Den Parteibeitrag von 1 Sgr. pro Monat auf 1 1/2 Sgr. im Durchschnitt zu erhöhen, den halben Silbergroschen aber zu einem Unterstützungsfond anzulegen, und zwar, um im äußersten Nothfalle diejenigen Genossen, deren materielle Existenz bei unbedingt erforderlicher agitatorischer Thätigkeit in Fabriken und Werkstätten trotz angewandter Vorsicht geschädigt ist, einigermassen zu unterstützen.
- Die Parteigenossen von Mülsen St. Nicolas beantragen:
- 1) Der Kongress wolle die Parteigenossen veranlassen, soweit es mit der Wahrung der Rechte und Selbstständigkeit der sozialdemokratischen Partei verträglich, mit den Arbeitern aller Fraktionen und namentlich mit denen des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“, sofern sie nicht als Gegner der Sozialdemokratie zu betrachten sind, ein brüderliches Zusammengehen zu erstreben.
 - 2) Der Kongress fordere alle gesetzgebenden Körper zu einer gründlichen Untersuchung der Erwerbs-, Ernährungs-, Wohnungs- und Gesundheits-Verhältnisse der arbeitenden Klasse durch wissenschaftlich gebildete Fachmänner auf.
 - 3) Der Kongress wolle beschließen, über alle etwaigen Anträge, soweit sie sich auf die Agitation zum Austritt aus der Landeskirche beziehen, als noch nicht zeitgemäß, zur Tagesordnung überzugehen.

An die Parteigenossen.

Als Vertrauensmänner sind in letzter Zeit von uns ernannt worden:

für Spandau:	W. Fischer.
„ Lichtenstein-Callenberg:	Eduard Betterlein.
„ Saarbrücken:	E. Achenbach.
„ Mülsen St. Nicolas:	V. E. Wolf.
„ Coburg:	Friedrich Dehrt.
„ Forst:	A. Plonz.
„ Eßlingen:	W. Morlok jun.
„ Wolsenbüttel:	
„ Scharnbeck:	E. Funke.
„ Hannover:	E. Reichelt.
„ Minden:	Andreas Drüke.
„ Langenbielau:	August Kühn.
„ Weigelsdorf:	Bendler.
„ Warburg:	H. Wosniak.
„ Berlin:	A. Heinsch.
„ Kirchhausen:	M. Unger.
„ Dresden:	Klemp.
„ Persefeld:	H. Wolf.
„ Frankfurt a. M.:	L. Kalb.
„ Ronsdorf:	R. Thierbach.
„ Marienberg:	E. Greiner.
„ Froburg:	E. Dietrich.
„ Mannheim:	A. Schimmels.
„ Heidelberg:	J. E. Mert.

Sollte in diesem Verzeichniß etwa ein Versehen obwalten, so bitten wir um gefällige Berichtigung. Der Ausschuß.

Aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands ergeht an uns die Anforderung, ständige Agitationen zu veranlassen, und scheinen die Parteigenossen, denen wir leider nur zu oft dies abschlagen mußten, an unserm guten Willen zu zweifeln, und sich gegen andere Orte zurückgesetzt zu fühlen. Es thut uns leid, hiermit die offene Erklärung abgeben zu müssen, daß uns zur Agitation geeignete Personen nicht zur Disposition stehen, wir auch — abgesehen davon — nicht Mittel genug zur Verfügung haben, um auch nur annähernd das an uns gerichtete Verlangen nach Agitatoren befriedigen zu können.

Wären die Parteigenossen aller Orten dafür Sorge tragen, daß die Beiträge regelmäßiger und in ganz bedeutend größeren Summen eingehen als bisher; dann werden wir im Stande sein, mehr zu leisten. Leider aber hat es den Anschein, als ob man an sehr vielen Orten eher für alles Andere, als für die Partei und Agitationskasse Geld übrig hat. Man möge lieber etwas weniger auf lokale, Vereins- und sonstige Zwecke verwenden, und mehr Geld für die Parteikasse steuern, dann wird es besser um die Agitation aussehn. Im Auftrage: Th. Jork.

Die Parteigenossen und Vertrauensmänner,

in deren Händen überflüssige Vereins-Statuten und Stempel sich befinden, werden aufgefordert, solche — besonders Stempel — sofort an Unterzeichneten einzusenden. Th. Jork.

An das Agitations-Comitee des Rhein- und Maingau's die Anfrage, ob und wann wir einen Bericht erhalten. Hamburg, den 7. August 1872. Der Ausschuß.

Wir machen die Vertrauensmänner darauf aufmerksam, daß auf dem, dem nächsten Congreß vorzulegenden Rechnungs-Bericht nur die Gelber mit verrechnet werden können, die bis spätestens am Sonntag, dem 25. August bei der Hauptkassé eingegangen sind. Hamburg, den 7. August 1872. H. Benneke, Cassirer.

Aus Amerika.

Chicago. Amand Soegg's Rede, welche unsere Bismärcker so entrüstet hat — siehe Nr. 45 d. Bl. — lautete ungefähr:

Meine Damen und Herren! Wenn ich heute Abend im Pause meines Vortrags Manches nicht so darstellte, als wie Sie es zu hören gewohnt sind, so seien Sie versichert, daß ich trotz alledem mich streng an die Wahrheit und nur an die Wahrheit halten werde. — Lassen Sie mich bei Besprechung der jetzigen politischen und sozialen Zustände Europa's bei unserm Vaterlande, bei Deutschland beginnen!

Die Ereignisse des Jahres 1866, dann des Jahres 1870 und 71 haben Deutschland ohne Zweifel politisch wie militärisch zur ersten, zur gebietenden Macht Europa's gemacht.

Die Deutschen, welche in der Fremde wohnen, wie Sie in Amerika, haben durch die Siege der deutschen Waffen viel gewonnen (?), sie sind die Vertreter einer jetzt großen Macht, sie können mit Stolz auf Ihre Abstammung hinweisen. Doch sehen wir ein Mal nach, welchen Gewinn die Deutschen in Deutschland, was das Volk gewonnen hat durch diese großen Siege. — Glauben Sie, meine Damen und Herren, wir, meine Freunde und ich, haben uns auch gefreut, daß der Sieg durch unser Volk erungen worden ist. — Doch darf dieser Sieg uns nicht so weit verblenden, daß wir dadurch die Fehler, den Rückschritt nicht sehen können, nicht sehen wollen, welcher durch diese Siege der Sache des Volkes erwachsen ist. — Was haben wir denn im neuen Deutschland, das so hoch wäre, daß ein Volk von freien Denkern sich dafür begeistern könnte? — Da ist eine Verfassung, ein Parlament! höre ich sagen. — Nein, in Deutschland ist kein Parlament, keine Volksgesetzgebung! (Beifall.) — In England, in Italien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, ja sogar in Spanien haben die Volksvertreter das Recht, Gesetze zu machen und zu erlassen; die Fürsten und Minister dieser Länder aber müssen diesen Gesetzen so gut Gehorsam leisten als das Volk.

Ist in England eine Differenz eingetreten zwischen dem Parlament und dem Ministerium, so muß das Ministerium (d. h. die Regierung) der Majorität des Parlaments oder dem Volkswillen(?) weichen! In Deutschland ist das anders! — (Beifall.) — Das deutsche Parlament hat nur das Recht, Gesetzes-Vorschläge zu machen, nicht aber Gesetze zu erlassen. (Stürmischer Beifall.) — Der erste Anbeter Bismarck's verläßt geräuschvoll den Saal. — Das Volk hat nur das Recht, durch seine Vertreter Gesetzes-Vorschläge zu machen, diese Vorschläge aber treten erst dann in Kraft, wenn der Bundesrath ihnen seine Zustimmung erteilt hat. — Was ist denn nun aber der Bundesrath? Ist er ein Senat wie er in Washington tagt, ein Ständerath wie die Schweiz ihn hat? — Nein, mit allen diesen ersten Kammer kann man den Deutschen Bundesrath nicht vergleichen; der beste Vergleich ist der, wenn man sagt, er sei wie der deutsche Bundestag, eine Wiederbelebung des alten todtgeglaubten Bundestags! (Stürmischer Beifall.) — Der zweite Bismärcker verläßt empört den Saal.

Denn der Bundesrath ist gebildet von den Vertretern der deutschen Regierungen, von den Gesandten der deutschen Fürsten! Das ist ein wohlverdachter Kiegel, den der große Bismarck dem Volkswillen gesetzt hat. (Beifall.) Bismarck's ganzes Streben ging darauf hinaus, sein Herrscherhaus, das Hau' Hohenzollern zum mächtigsten Europa's zu machen; für Deutschland, für das deutsche Volk hat er noch nie wirken wollen. (Beifall.) Er begann damit, Oesterreich mit seinen 8 Millionen Deutschen aus Deutschland zu drängen, er ließ Hannover, Hessen, Nassau verschwinden! „Doch das ist gerade ein Beweis, daß er die Einheit Deutschlands wollte“, sagen seine Verehrer! — Nein, Nein — das ist ein Beweis, daß diese Länder sehr notwendig waren für Preußen, für dessen Machtentwidelung und Abrundung, um den Kampf mit Frankreich aufnehmen zu können. — Denn warum hat er nicht auch Sachsen, Braun-

schweig, das feudale Mecklenburg — Alles andere in Preußen verschwinden lassen? — Er konnte es — denn er hatte die Macht und bei ihm ist Macht Recht! (Beifall.) Nach dem Kriege mit Frankreich, sagen Bismarck's Freunde, hat er ja aber Preußen zum Besten Ganz-Deutschlands in Deutschland aufgehen lassen! Auch das ist nicht wahr, denn nicht Preußen ist deutsch, sondern Deutschland ist preussisch geworden (Beifall.) — Ein anderer Hochrufer des Heidenkaisers verläßt entrüstet den Saal. — Wie schon erwähnt, hängt die Entscheidung nicht vom Parlament, wohl aber von dem Bundesrath ab, und dieser Bundesrath ist ja nichts als eine Gesellschaft der Regierungsgesandten, und das werden Sie mir glauben, daß diese keinen Gesetzesvorschlag der zweiten Kammer annehmen, der irgendwie die Rechte der einzelnen Herrscher beeinträchtigen, und keinen, der dem Volke eine freiere, unabhängige Stellung geben könnte! (Lebhafter Beifall.) Dies gerade ist der Zweck Bismarck's, der die alten Mißstände nicht zerstören, der nur seinem Preußen einen dominirenden Einfluß verschaffen wollte; im Bundesrath hat Preußen und sein direkter Anhang das numerische Uebergewicht. Der zweite Kiegel, welcher der Entwicklung der Volksmacht vorgehoben wurde, besteht in der Distanzlosigkeit der Reichstagsabgeordneten! — Es will etwas heißen, Monate lang, Jahre lang seine Dienste, seine Zeit dem öffentlichen Wohl zu widmen, ohne Entschädigung dafür zu erhalten. Der Arme, ja der nur mäßig bemittelte Bürger ist nicht im Stande, Monate lang seinen Verdienst aufzugeben um seinen Sitz im Reichstag einzunehmen; denn vor Allen muß der Bürger für seiner Familie Unterhalt sorgen. Also ist es nicht möglich für die Unbemittelten, besonders nicht für den zahlreichen Arbeiterstand, aus eigenen Kreisen Vertreter zur Volksrepräsentation zu senden, es können nur Wohlhabende, nur Reiche Mitglieder des Reichstags auf die Dauer sein. Es ist also eine infame Lüge, wenn man sagt, in Deutschland gäbe es ein allgemeines Stimmrecht und allgemeine Wählbarkeit! (Stürmischer Beifall.) Denn ein finanzieller Zwang ist bindender als ein Verbot! — Die Reichen aber, die Besitzenden, welche in Deutschland das Volk (?) repräsentiren, waren bisher immer die Stützen der Monarchien, und die Widersacher einer freien, selbstständigen Entwicklung des Volkes! (Lebhafter Beifall; abermals drängt ein beleidigter Zuhörer der Thüre zu!) Das sind also die Früchte des so viel gepriesenen allgemeinen deutschen Wahlrechts, welches Bismarck gegeben, daß nur Reiche, nur Creaturen Bismarck's in den Reichstag kommen! — Reiche, d. h. Solche, die bei irgend welcher Veränderung nur verlieren können, also nur aus eigenem Interesse konservativ sind, und bei denen stets das eigene Interesse dem Interesse für das Volkswohl vorgeht. Denn das Volk ist doch bloß: die „Kanaille“, der „Pöbel“! (Ungeheurer Beifall.)

Redner bespricht nun des längeren das Programm und die Ziele der Friedens- und Freiheitsliga, und fährt dann fort:

Die wichtigste Frage, welche die Welt jetzt beschäftigt, ist die soziale Frage! (Lebhafter Beifall.) Sie ist bei uns in Europa viel wichtiger, viel gebietlicher als hier in Amerika. So deutlich läßt sie sich schon allenthalben in allen Verhältnissen fühlen, daß die hohen Regierungen sich damit beschäftigen, eine Art von Abhilfe zu schaffen. Ja gerade die deutsche Regierung, gerade Bismarck wird — nach allen Anzeichen zu schließen — wahrscheinlich schon in nächster Zeit versuchen, an die Lösung dieser wichtigsten der Fragen zu gehen.

Derselbe Flächenraum, der hier in Amerika mit 40 Millionen Menschen bedeckt ist, beherbergt in Europa deren 300 Millionen. Die Maschinen, die Anwendung der Dampfkraft in den Fabriken, haben eine große Umgestaltung der Verhältnisse zur Folge gehabt. Eine einzige Maschine thut die Arbeit vieler Arbeiter, — ohne daß die Arbeiter, welche dadurch brotlos geworden, auf andere Weise ihr Leben fristen könnten. Außerdem ist der Arbeitslohn in Folge der Ueberfüllung an Arbeitskraft so gering, daß es eine faktische Unmöglichkeit für den Arbeiter ist, sich emporzuarbeiten, sich etwas zu ersparen auf's Alter oder für die Familie. Die Arbeiter sind nicht einmal im Stande, sich so viel zu ersparen, um ihren Wohnort zu verlassen, und dahin auszuwandern, wo ihnen sicher eine bessere Zukunft entgegenlacht, denn sonst wäre die Einwanderung von arbeitenden Kräften aus Deutschland hier nach Hunderttausenden statt nach Tausenden zu zählen!). Der Arbeiter dräuben weiß, daß er hier Land umsonst erhält als Einwanderer, er weiß, daß er sich hier ein freieres Leben, den Seinen eine menschenwürdige Zukunft bereiten könnte, doch Alles ist unerreichbar für ihn, denn er lebt in der gräßlichsten Bedeutung des Wortes von der Hand zum Mund! — Sowie die Arbeitskraft ihn mit kommendem Alter verläßt, wird er zuerst zu leichter, schlechter bezahlter Arbeit verwannt und endlich als nutzlose, ausgenutzte Maschine ganz entlassen, d. h. sich und seinem Elend überlassen. — Diese brennende Frage schließt aber

*) Bismarck denkt nicht daran, so wenig als er je daran dachte, die „deutsche Frage“ zu lösen. Er will sie ausbeuten, und zwar im Sinn und unter dem Einfluß seiner zwei Freunde: Stieber und Wagener.

**) In die Hunderttausend wird's auch so schon in diesem Jahr gehen. Natürlich das eigentliche Proletariat muß zu Haus bleiben. Was auswandert, das sind gerade die noch nicht ganz Bekamten, die zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden stehen und als Puffer den Stoß des Klassenkampfes abmipfen. In dieser Entfernung des vermittelnden und konservativen Elements liegt die revolutionäre Bedeutung der Auswanderung.

*) Das englisch-Parlament vertritt ausschließlich die privilegierten Klassen. Der Parlamentarismus ist in England um kein Haar besser als in Deutschland. Hier wie dort Komödie. Der Unterschied ist bloß: dort spielt das Parlament Komödie, hier wird mit dem Reichstag Komödie gespielt. Dort liegt die Macht im Parlament, hier außerhalb des Reichstags.

nach einem anderen Stand als den des Industriearbeiters in sich. Es ist der Bauernstand. In Deutschland und in den meisten Ländern Europas ist es nicht mehr so wie hier, wo Millionen von Acker noch brach liegen und nur der Anstiebler warten, um neuen Reichthum zu spenden. Das Land dort kann nicht wie hier um nichts oder um einen Spottpreis erworben werden, jeder Zoll des Bodens hat in Deutschland seit langer, langer Zeit seinen Besitzer. Die Güter vererben sich von Vater zu Kind. Doch die patriarchalischen Zeiten sind vorbei, da ein Sohn Alles erhielt zum Schaden der andern, um das Gut nicht zu kleinern; jetzt vertheilt ein Vater seine 40 Morgen an seine 4 Söhne, und diese wieder theilen je ihre 10 Morgen unter ihre Kinder, bis die Stückchen Land endlich so klein werden, daß sie die Eigentümer nicht mehr ernähren können. Diese verschulden und verderben, sie verkaufen ihr Stückchen Feld an den reichen Nachbarn, dessen Kindeskindern es vielleicht einst genau so gehen wird, daß sie gezwungen sind, wieder zurückzukehren in den Tagelöhnerstand, dem ihre Urväter einst entstammten. — Die Lösung dieser sozialen Frage ist eine schwere. Nach dem Maßstab der jetzigen politischen und sozialen Verhältnisse Europas wäre wohl das einzige Mittel eine freie Genossenschaft zwischen Kapital und Arbeitskraft. Aber vor Allem ist auch nötig eine allgemeine bessere Bildung der Volksmassen. Die volle Lösung der sozialen Frage ist nur erreichbar in einer Republik, in einer wahren Republik. (Donnernder Beifall.) Eine wahre Republik aber ist eine solche, wo vollständige Freiheit und Selbstständigkeit herrscht, Freiheit in politischer und religiöser Beziehung und Freiheit und Selbstständigkeit auch in ökonomischer Beziehung. (Beifall.) Eine wahre Republik ist nur eine solche, in der die Menschen frei, glücklich und würdig sein können; eine Staatsform, welche den Bürgern ihr Glück garantiert in politischer, religiöser und materieller Hinsicht! (Stürmischer Beifall.)

Richard Blum.

Politische Uebersicht.

In Ermangelung der Stieberkonferenz, die endgültig ins Wasser gefallen scheint, obgleich man das klägliche Fiasko noch offiziös zu bemänteln sucht, sollen wir mit einer Monarchen- ja mit einer Kaiserkonferenz begnügt werden. Sämmtliche vorhandenen Kaiser — der Brasilianische zählt natürlich nicht mit — die alten und die neuen: der russische, der österreichische und der preussische — der Alexander, der Franz Joseph und der Wilhelm beabsichtigen, nächstens in Berlin zusammenzukommen; und das Zeitungschreibervölkchen zerbricht sich und dem Publikum den Kopf darüber, was die hohen Herren wohl reden und thun werden. Nun, wir würden es ziemlich genau sagen können, obgleich wir an den Höfen keine geheimen Verbindungen haben, aber wir haben keine Lust, mit der Staatsanwaltschaft in Differenzen zu gerathen. Den Kaiserern von einer zweiten, „heiligen Allianz“ — diesmal jedoch nicht reaktionär, sondern „liberal“! — sei kurz bemerkt, 1) daß Fürsten nebst anderen Schwächen auch die haben, empfangene Badenstreiche nicht zu vergessen, oder gar dem Badenstreichegeber die andere Wange fromm hinzuhalten; 2) daß Alexander, Franz Joseph, Franz Joseph, Franz Joseph, und Wilhelm Wilhelm ist; und endlich 3) daß Alexander seit Jahren den Franz Joseph und den Wilhelm (selbstverständlich auf politischem Gebiet, nicht im persönlichem Verkehr, wo diese Leute stets das gleiche freundliche Gesicht zeigen) in einer Weise traktirt und insultirt, welche das Herz eines Hammels empor müßt, und 4) daß Franz Joseph von Wilhelm vor 6 Jahren unter obligatener Bruderblutvergießen mit Schimpf und Schande aus Deutschland hinausgeworfen worden ist. Wir könnten die Liste noch verlängern; das genügt aber. Die Auguren mußten, wenn sie sich einander begegneten, sich Mühe geben, daß sie nicht lachten; die drei Kaiser werden bei ihrer Zusammenkunft die umgekehrte Mühe haben. —

Zum Märchen vom „Rechtsstaat“. In einer Bekanntmachung über die jüngsten Berliner Polizeikrawalle (die der „Neue“ in rührender Uebereinstimmung mit den Absichten der Veranstalter hartnäckig zur „Revolte“ macht) wird vom Polizeipräsidenten zugegeben, daß es „sich herausgestellt hat, daß (von der Polizei) selbst ruhig ihres Wegs dahergehende Leute ohne jeden Grund angegriffen und selbst mißhandelt worden sind“; indes, „in Anbetracht der allgemein guten Haltung der Schutzmannschaft wolle das Präsidium für diesmal über dergleichen tadelnswürdige (so?) Vorkommnisse hinwegsehen; wenn sich aber“ u. s. w., u. s. w.

Drahtischer als es durch diese „Bekanntmachung“ geschieht, läßt sich der herrschende Rechtszustand, genauer ausgedrückt: die herrschende Rechtslosigkeit nicht charakterisiren. Die Polizei hat zugestandenemmaßen ihre Befugnisse überschritten, zugestandenemmaßen sich der Mißhandlung wehrloser Personen schuldig gemacht, eines Vergehens, welches das Gesetz mit strengen Strafen ahnt — aber Niemand denkt daran, die unisormirten „Cassettes“ zur Rechenschaft zu ziehen, im Gegentheil man lobt noch ihre „allgemein gute Haltung“! Daß ähnliche Mißhandlungen des Publikums durch die Polizei auch anderwärts vorkommen, bestreiten wir nicht; daß auch anderwärts die oberen Behörden zu solchen Mißhandlungen, falls sie dieselben nicht geradezu veranlaßt haben, ein Auge zu drücken, bestreiten wir eben so wenig; allein wir bestreiten, daß es noch ein zweites Land in der Welt gibt, wo die Behörden derlei „Vorkommnisse“ eingesehen und zu gleicher Zeit erklären können, daß es ihnen nicht einfällt, die Urheber zur Strafe zu ziehen. Diese Erklärung ist eine hundertmal ärgere Insulte für das „öffentliche Rechtsbewußtsein“, als die „Vorkommnisse“ selbst. —

Kaiserlicher Stil. Die Stadt Liegnitz in Schlessen hatte ihren im französischen Kriege Gefallenen ein Denkmal errichtet und gelegentlich dessen Enthüllung dem Kaiser Wilhelm ein Telegramm gesandt, auf welches folgende Rückantwort eintraf:

„Salzburg, den 4. August 1872, 8 Uhr Abends. Se.

Majestät der Kaiser und König Wilhelm an den Beigeordneten Dertel, Liegnitz. Ich danke den Erziehern des Denkmals in Liegnitz für die Gefallenen aus Ihrer Mitte und namentlich denen Meines zu allen Zeiten so ausgezeichneten braven Regiments. Danke bestens für den patriotischen Gruß. Wilhelm.“

Der Kaiser dankt also den Gefallenen seines Regiments für das denselben errichtete Denkmal und dann der Stadt Liegnitz für die Gefallenen aus ihrer Mitte! —

Tugend muß belohnt werden! Von Salzburg schreibt unter dem 3. d. ein Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“, der sich während der Anwesenheit des deutschen Kaisers dort befand: „Natürlich „Stieber“ es hier und in Berchtesgaden schon seit einigen Tagen ein wenig. Zwei riesige schwarzbärtige, schwarzrückige „Geheime“ standen schon früh wie ein paar Leichenbitter-Posten vor dem „Erzherzog Karl“. Der „Obergeheime“ ging schmucklos im grauen Ueberzieher mit der Mutter seiner neunzehn Kinder und der Mitbesitzerin seiner fünfzehn Berliner Häuser — Nr. 15 haben die Ersparnisse (sic!) im französischen Kriege aufgebaut — durch die entsehrlich schmuggigen Straßen des schönen Salzburg.“

Also Stieber — Millionär! Besitzer von „15 Berliner Häusern“, obgleich er als „Geheimrath“ doch höchstens einige Tausend Thaler Gehalt bezieht, von denen ein höherer Berliner Beamter mit zahlreicher Familie, wenn er „standesgemäß“ leben will, in der Regel nicht allzuviel zurücklegen kann. Woher die Million? Aus dem Reptilienfond, dessen geheime Geschichte freilich erst dann enthüllt werden kann, wenn die Berliner „Tuilleriespapiere“ ihren 4. September gefeiert haben werden. —

Etwas für Staatsanwälte, und Solche, die es werden wollen: „Zum bevorstehenden Juristentage“ — melden die Blätter — „ist ein Antrag des Advokaten Dr. Jacques in Wien eingebracht worden, der also lautet: „Der deutsche Juristentag spricht als seine Uebersetzung aus: Die Herleitung eines gemeinsamen Wechselrechts aller europäischen Staaten sowie der Vereinigten Staaten von Nordamerika entspricht dem heutigen Stande der Wissenschaft und ist ein Bedürfnis des internationalen Handelsverkehrs und Credits. Der Juristentag beauftragt seine ständige Deputation, eine Denkschrift in diesem Sinne an die Regierungen von Deutschland und Oesterreich zu dem Ende zu richten, damit durch die Initiative derselben die Einsetzung eines internationalen Delegirten-Congresses und die Durchführung der Codification des gemeinen Wechselrechts erzielt werden möge.“ So wird der Gedanke der Internationalität naturgemäß von unsern Gegnern selbst gepflegt, — dabei aber ist es ein strafwürdiges „Verbrechen“, wenn die Arbeiter ihr „Bedürfnis des internationalen Verkehrs“ befriedigen wollen. —

Zu dem in voriger Nr. charakterisirten „Patriotismus“ des Kapitals liefert die „Volkszeitung“ in Folgendem einen weiteren, nicht minder interessanten Beitrag:

„Daß die in der letzten Zeit so zahlreich entstandenen Aktien-Baugesellschaften nicht in der Lage und auch gar nicht geneigt sind, der herrschenden Wohnungsnoth ernstlich zu Leibe zu gehen, ist eine bekannte Thatsache; weniger bekannt möchte aber sein, daß die Aktien-Baugesellschaften, mindestens einzelne derselben, direkt auf die Steigerung der Wohnungsalarmität hinarbeiten, um ihre vernachlässigten Aktien auf den Pari-Cours zu bringen. Und doch ist dem so, wie nachstehender Fall zeigt. Der frühere Besitzer des Hauses, Neue Friedrichstr. 79 und 79a hatte seine Miether noch immer zu verhältnismäßig sehr billigen Mieten wohnen, so daß sich das vier Stagen hohe Gebäude von 21 Fenstern Front auf nur 50,000 Thlr. verzinst. Bei dem Aufschwung der Häuserwerthe in den letzten Monaten wurden dem Wirth, Herrn Schumann, ganz bedeutende Summen für sein Grundstück geboten, und obwohl sich der alte Herr nach einem ruhigeren Leben sehnte, lehnte er doch stets den Verkauf ab, weil er nicht wünschte, daß seine Miether der Steigerungsschraube unterliegen. Da trat plötzlich die deutsche Baugesellschaft, an deren Spitze zwei im Kommunaldienst groß gewordene Männer stehen, der Stadtrath Risch und der Oberbürgermeister Rielcke, als Käuferin auf, und da Herrn Schumann vorgeberd wurde, es solle sofort auf jenem Komplex eine großartige Markthalle erbaut werden, welche den Schmutzwinkel der Königsmauer aus der Welt schafft, so zögerte der Besitzer keinen Augenblick, zur Förderung dieses schönen Zweckes sein Haus bedingungslos mit 50,000 Thalern zu verkaufen. Am 1. Juli kündigte die neue Besitzerin sämmtlichen Miethern, heute ist aber das ganze Haus wieder vermiethet, und zwar zu doppelt hohen Preisen wie bisher. Die Folge dieser enormen Mietsteigerung wird sein, daß auch dieses Haus von der Prostitution okkupirt werden wird, wie überhaupt alle von der deutschen Baugesellschaft in jener Gegend erworbenen Häuser fast ausschließlich von Prostituirten bewohnt sind, weil anständige Leute den hohen Mietzins nicht erzwängen können. Eine Dime gab dieser Tage auf dem Polizei-Bureau auf die Frage nach ihrer Wohnung die charakteristische Antwort: „Bei Papa Risch, Klosterstraße 112, ein bißchen theuer zwar, aber auch ungemüth.“

„Papa Risch“ hat sicherlich nur deshalb die Prostituirten in seine Besitzungen aufgenommen, um einmal gründlich die Wahrheit des Heine'schen Ausspruchs zu prüfen, daß im Vouvoir einer Phryne mehr Coulang anzutreffen sei, als im Comptoir eines Geldmannes. —

Die Verfallener-Kammerlente hat ein Manifest erlassen, in dem sie Thiers ein Vertrauensvotum ausstellt! Das fehlte diesen „Muster“-Republikanern noch zu ihrer Blamage.

In den Bourgeoisblättern las man dieser Tage eine angelegliche „telegraphische Depesche“ vom Haag 8. August, welche also lautete:

„Die „Internationale“ geht damit um, ihren hier abzuhaltenden öffentlichen Congress in eine nicht öffentliche Versammlung umzuwandeln, indem sie allen denen, welche nicht wirkliche Mitglieder der „Internationale“ sind, den Zutritt nicht gestatten wird.“

Diesem Unsinne gegenüber citiren wir die auf den Congress bezüglichen Statuten-Paragraphe.

„7. Sitz und Stimmrecht auf dem Congress wird in Zukunft nur den Delegirten solcher Gesellschaften, Zweige oder Gruppen gestattet, welche Bestandtheile der Internationalen bilden und ihre Beiträge dem Generalrathe entrichten haben. Für solche Länder jedoch, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen gesetzlich verhindert ist, werden Delegirte von Gewerkschaften und Arbeiter-Coöperationsgesellschaften zugelassen zu den Congressdebatten über Prinzipienfragen, aber nicht zur Debatte und Abstimmung über Verwaltungsangelegenheiten. 8. Die Sitzungen des Congresses sind zweifach: geschlossene Verwaltungssitzungen und öffentliche Sitzungen, denen die Debatte und Abstimmung über die allgemeinen Fragen des Congressprogramms vorbehalten ist.“

Da bis jetzt nur Verwaltungsangelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, so ist es selbstverständlich, daß noch keine öffentliche Sitzung abgeräumt werden konnte.

Für Leute des „gebildeten Standes“, die 2 Thaler für eine Zote bezahlen können. In Nr. 55 behandelten wir die „Flitterwochen-Amusement“-Annonce des „Kladderadatsch“, worin für 1 Thlr. 20 Ngr. poste restante Altenburg „unter strengster Diskretion ein originelles, reizendes, pikant-komisches“ buch offerirt wird. Im „Kladderadatsch“ vom 11. d. M. findet sich ein: ähnlich: Anzeige, die nur noch etwas unerschämter ist:

„Flitterwochen-Zur.“

Dieses „Zur-Amusement“, in so vortrefflicher Ausführung, wie Derartiges noch nicht existirt, eignet sich besonders für Liebende, resp. Verlobte, Neuvermählte gebildeten Standes und verleihe deshalb, an Damen und Herren, für nur 2 Thlr., gut verriegelt unter Diskretion.

Charles l'Éclaire, Chemnitz (Sachsen).“

Ueber die literarische Zigeunerbande, die solche Schmutzartikel zur Ausbeutung der Dummheit unter den Reichen pouffirt, viele Worte zu verlieren, ist nicht nötig. Herr „Charles l'Éclaire“ paßt zum „Kladderadatsch“, wie Dieser zu Zinem. Die „gebildeten Stände“ des durch den „Kladderadatsch“ und Consorten erzeugten Volkes, das die „Sittlichkeit“ gepachtet zu haben meint, sind reif für die Lectüre des Herrn l'Éclaire.

Man schreibt uns: „Wäre es nicht gut, die Redactionen unserer Parteiorgane zu bitten, die Controle auch auf den Annoncentheil der von ihnen redigirten Blätter auszuüben? Es sind uns beispielsweise in der letzten Zeit mehrfach Ankündigungen von Lotterie-, Auswanderungs- und sonstigen Geschäften ähnlicher Art zu Gesicht gekommen, für die in einem social-demokratischen Organ nie und nimmer Reklame gemacht werden dürfte. Dem Kampf gegen Ausbeuterei und Schwindel, der im redactionellen Theil geführt wird, darf im Annoncentheil nicht die Spitze abgebrochen werden; was dort verurtheilt wird, darf hier nicht empfohlen werden. Es wäre dies ein Widerstreit zwischen Theorie und Praxis, bei dem unsere Sache jedenfalls zu kurz kommt.“

Der „Neue“ sucht Kapital zu schlagen aus einem „Hochverrathsprözeß“, der den Herren Frohne und Hartmann gemacht sein soll. „Wie kann man uns nun noch anklagen, im Solde der Preussischen Regierung zu stehen? Dieser „Hochverrathsprözeß“ ist ein unwiderleglicher Beweis unserer Unschuld“ ruft triumphirend das flämische Zwillingsspaar Hasselmann und Hafentleber. Gemach, ihre Herren! Erstens ist der „anze Hochverrathsprözeß“ Schwindel. Gegen Frohne und Hartmann ist wegen einiger Aeußerungen, die sie in einer Agitationsrede zu Frankenthal in der Bayrischen Pfalz (Nheinbayeren) gethan haben, die Untersuchung eröffnet worden, was ein alltägliches Vorkommniß ist, und sich zu einem Hochverrathsprözeß ungefähr ebenso verhält, wie eine Wunde zu einem Elephanten. Zweitens hat Niemand den „Neuen“ angeklagt, im Solde der Bayrischen Regierung zu stehen. Drittens würde auch ein wirklicher Hochverrathsprözeß in Preußen keinen Beweis für die Unschuld des „Neuen“ und seines Hasselmann und Hafentleber bilden; oder wäre es z. B. in Frankreich nicht schon oft genug vorgekommen, daß die Polizei ihre eigenen Agenten als Hochverrätther einsperrt? Freilich, die Preussische Regierung scheint, der Berliner „Neue“ nach zu urtheilen, von dem edlen „Brüderpaar“ Hasselmann-Hafentleber eine so niedrige Meinung zu haben, daß sie es eines Prozeßes nicht werth erachtet.

Der „Neue“ bestreitet in seiner Nummer 91 die Richtigkeit unserer Behauptung, daß sein Abonnentenstand von „7,400“ erlogen sei; er sagt, wir hätten vergessen, daß seine Leser vom Ausland keine Stempelsteuer bezahlen. Wir haben aber das außerpreussische Deutschland deshalb nicht erwähnt, weil mit Ausnahme von Hamburg die Abonnentenzahl keine erhebliche ist. In Hamburg will der „Neue“ allerdings 962 Abonnenten haben; die Zahl wurde uns erst kürzlich von kompetenter Seite auf circa 500 angegeben; und wir sind vollkommen gewiß, daß im ganzen übrigen Deutschland höchsten noch 400? Abonnenten des „Neuen“ vorhanden sind. Jedenfalls hätte der „Neue“ also, auch wenn die „5400“ Abonnenten in Preußen“ nicht geschwindelt sind, noch aus dem ff. gelogen. Uebrigens sei hier an die „200 Mainzer Abonnenten“ des „Neuen“ erinnert. — Dann behauptet der „Neue“, seine Stempelsteuer in Preußen betrage etwas über 2 1/2 Ngr. per Quartal für 1 Exemplar. Uns wird versichert, der Bogen Zeitung 20“ lang, 20“ breit koste per Nummer 1 Pf. Steuer; der „Neue“ mißt ungefähr 17“ Höhe und 23“ Breite, hat also ziemlich genau das vorgeschriebene Maß für 1 Pf. Steuer; die Berechnung würde folglich auf 3 Sgr. 3 Pf. Steuer für den „Neuen“ ergeben. Nun paßirt es weiter dem „Neuen“, jetzt die 500 Thlr. Steuer als voll anzunehmen, während er selbst sie früher nur auf gegen 500 Thlr. angab, was jedenfalls weniger als 500 andeutet, und in der Berechnung einen gewaltigen Unterschied macht.

Wir werden übrigens genauere Erkundigungen über die Stempelgebühren des „Neuen“ einziehen und dann darauf zurückkommen. Wenn der „Neue“ will, daß man ihm glaube, so mache er seinen Abonnentenstand nach den Orten, in denen er gehalten wird, bekannt; dann wird sich am besten zeigen, was Wahres an seiner Behauptung ist.

Der „Volksstaat“ hält damit nicht hinter dem Berge; und er hat auch gar keinen Grund, sich vor dem „Neuen“ zu verstecken. Der „Volksstaat“ hat augenblicklich 5700 Abonnenten; also, wenn die 7400 Abonnenten des „Neuen“ nicht erlogen wären, 1700 weniger als er. Aber unsere Partei hat außer dem „Volksstaat“ in ihrem Hauptcentrum nicht weniger als 5 (wenn auch nicht officielle) Localblätter, die 8—9000 Abonnenten besitzen, und es liegt auf der Hand, daß dieser Abonnentenstand, wenn es sich darum handelt, die Stärke der Parteipresse abzuschätzen, mitgezählt werden muß. Wir haben daher alle Ursache, mit dem Stand der Dinge zufrieden zu sein.

Leipzig. In Sachen des Herrn Hans Blum, über den in voriger Nr. Verschiedenes mitgetheilt worden war, geht uns von gutunterrichteter Seite die Mittheilung zu, daß die Sammlung für Robert Blums Familie nicht 80,000, sondern ca. 25,000 Thaler betragen hat, sowie daß das Sammlungs-

*) Von welcher freien Genossenschaft das Kapital aber nichts wissen will. Es denkt ähnlich wie der Jesuitenorden: Sim ut sum, aut non sim. (Ich will existiren, wie ich ich jetzt existire, oder überhaupt nicht.)

resp. Verwaltungsausschuss aus folgenden Personen bestand: dem Vormund der Mummischen Kinder, Advokat Hanbold (nicht Hegel), Prof. Wigard in Dresden, dem verstorbenen Advokat Reiz in Darmstadt (Liebnecht's Schwiegervater) und den weisland Witredakteuren der Robert Mummischen „Vaterlandsblätter“; dem verstorbenen Parlamentsdeputierten Gantzer und dem (zu unserem Zeitvertrieb hoffentlich recht lange) noch lebenden Polizeidirektor Dr. Röber.

Verichtigung.

In der Note zur Pacifico-Affaire (Nr. 63, Seite 2) Spalte 2 ist durch einen Druckfehler das Wort „Lord Palmerston“ weggeblieben vor „ließ, als Abhaltung verweigert wurde, ein englisches Geschwader die Kanonen auf Athen richten.“

Leipzig, 11. Aug. Die Gewerkschaften betreffend. Wir bringen hierdurch sämtliche Vorstände und Mitglieder der auf dem Erfurter Kongress vertretenen Gewerkschaften zur Kenntnis, daß die örtlichen Verhältnisse sowie die von Seite der Behörde erhobenen Schwierigkeiten uns veranlassen, die Verlegung des Bezirks von Leipzig nach irgend einem Ort außerhalb Sachsens zu beschließen.

Um nun aber allen Gewerkschaftsmittgliedern gerecht zu werden, wäre unser Vorschlag in Kürze folgender: Da am 6., 6. und 7. September in Mainz der Kongress der sozial-demokratischen Arbeiterpartei abgehalten werden soll, so mögen die Vorstände der auf dem Erfurter Kongress vertretenen Gewerkschaften im Einverständnis mit ihren Mitgliedern, die von den Mitgliedern der sozial-demokratischen Arbeiterpartei delegirten Vertreter der Gewerkschaften halber beantragen, nach dem Kongress eine Sitzung zur nochmaligen Beratung resp. Umänderung des Unions-Statuts sowie zur Verlegung des Bezirks von Leipzig anzuberaumen. Wir ersuchen nun die Vorstände der betreffenden Gewerkschaften, unsern Vorschlag so rasch als möglich ihren Mitgliedern zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten, das Resultat derselben aber uns sofort zu übermitteln.

Wir, wie wir hoffen, unser Vorschlag angenommen, so wird ein von uns nach Mainz entsendetes Mitglied des Komitees die Sachlage näher erläutern.

Mit Gruß und Handschlag
J. A. des Komitees, D. Seitzer,
Weißstraße 51.

Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.

Berlin. In dem hierdurch die Abrechnung pro II. Quartal 1872 veröffentlicht wird, werden diejenigen Mitgliedschaften, welche mit ihren Abrechnungen im Rückstande sind, aufgefordert, ihrer Pflicht schleunigst nachzukommen, event. ihre Konten resp. Bevollmächtigte dazu zu veranlassen. Von Regensburg und Würzburg sind erst nach Abschluß der Bücher Abrechnung und Geld eingegangen worden, daher die betreffenden Summen erst in nächster Abrechnung aufgeführt werden können.

Einnahme: Abrechnung pro II. Quartal 1872. Vortrag vom 1. Quartal 61 Thlr. 2 Sgr. 10 Pf. Von Nürnberg 38 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf. Von Chemnitz 8 Thlr. 2 Sgr. Von Bayreuth 10 Thlr. 28 Sgr. 10 Pf. Von Stade 3 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf. Bassau 1 Thlr. 27 Sgr. 5 Pf. Leipzig 4 Thlr. 4 Sgr. Bremen 2 Thlr. 26 Sgr. Von Berlin 4 Thlr. 17 Sgr. Summa 130 Thlr. 28 Sgr. 7 Pf. Ausgabe: Für Reis- und Beitragsstempel Bayreuth 2 Thlr. 15 Sgr. Für 1000 Anträge an alle Schneider etc. 2 Thlr. 26 Sgr. Stiergeld für Frau Göttsche (Nürnberg) 12 Thlr. Porto für Brief-, Baquet- und Kreuzbandsendung 3 Thlr. 20 Sgr. 6 Pf. Für Schreibmaterialien Emballage 21 Sgr. 2 Pf. Summa 21 Thlr. 22 Sgr. 7 Pf. Ausgabe 21 Thlr. 22 Sgr. 7 Pf. Kassensollstand 109 Thlr. 1 Sgr. 7 Pf.

Berlin, 6. Aug. 1872.
K. Reimann, Geschäftsführer.
H. Lüdicke, Hauptkassirer.

Die Wichtigkeit der vorstehenden Abrechnung haben im Hauptbuch. Namens der in Leipzig am 23. Juli anwesenden Delegirten unseres Vereins, beglaubigt: Ernst Caspar (Leipzig), Julius Baumann (Rürnberg), Aug. Kühn (Bremen).

Regensburg, 7. August. Dem Vorort bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß sich die Kontroll-Kommission hieortig konstituiert hat und aus folgenden Mitgliedern besteht: Denk, Vorsitzenber; Nieber Stellvertreter; Birnhaugl, Kassirer; Baumgärtner, Beisitzer; Kitz, Geschäftsführer.

In dem ich um baldige Uebermittlung der betreffenden Bücher ersuche, zeichne mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag
E. B. Kitz, Geschäftsführer
per Adresse „Goldene Sonne“, beim Bildhauer.

Aufruf an alle Völkergesellen Deutschlands.

Durch die angebahnte Vereinigung des Gewerkschaftsvereins deutscher Holzarbeiter und der Internationalen Gewerkschaften der Holzarbeiter ist die, gewis von allen deutschen Gewerkschaften aufrecht gemünzte und notwendige Grundlage zum Zusammenwirken aller Zweige unseres Gewerkschafts, was unbedingt notwendig ist, wenn eine Aenderung der jetzt herrschenden Zustände, durch welche die Arbeiter auch unseres Gewerkschafts geschädigt werden, herbeigeführt werden soll.

Durch den von Jahr zu Jahr in immer steigendem Verhältniß zunehmenden fabrikmäßigen Großbetrieb schwindet auch in unserm Gewerbe nicht nur der Geselle immer mehr die Aussicht, jemals ihr erlerntes Gewerbe selbstständig und erfolgreich betreiben zu können, sondern es werden selbst die kleineren Meister von Jahr zu Jahr immer mehr in die Reihen der Lohnarbeiter herabgedrückt und durch die Konkurrenz der großen Fabriken und Brauereien in bloße Arbeitsmaschinen verwandelt.

Kollegen, wir sehen, wie sich alle Gewerke vereinigen, um eine Aenderung dieser ungerechten und drückenden Lage herbeizuführen. Wir sehen, wie die Arbeiter überall mehr und mehr in die gewaltige Bewegung der Revolte einziehen und alle Kräfte zu vereinigen bestrebt sind, um in geschlossenen Reihen ihr Recht zu erkämpfen. Darum ist auch der Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter geschaffen, um eine feste Organisation in allen Gewerkschaften herzustellen. Diesem Verein beizutreten, ist eure Pflicht. Bedenkt, daß gerade in unserm Gewerbe die Zustände von Jahr zu Jahr sich verschlechtern, je mehr bei uns das Band der Brüderlichkeit, der Geis der Zusammengehörigkeit verschwunden ist. Wir sehen, wie sich die Fabrikanten vereinigen, also ist es unsere Pflicht, Dasselbe zu thun. Der Augenblick des kräftigen Handelns rückt immer näher an uns heran, und noch sind so Viele von Euch, welche die Nothwendigkeit noch nicht eingesehen haben, sich unserer Sache anzuschließen. Wir richten daher an Euch alle den dringenden Mahnruf, in kürzester Frist eure heiligste Pflicht zu erfüllen, herzutreten und mitzuwirken, damit das Wort vom Segen unsrer Aller gelingen möge.

Wir dürfen und können nicht an Euch zweifeln! Unser Wahlspruch sei: Alle für Einen und Einer für Alle!

Kollegen! Ihr Alle müßt so gut wie wir, daß es unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr möglich ist, zu bestehen. Ihr Alle müßt so gut wie wir einsehen, daß, wenn wir einig dastehen, unsere gerechten Ansprüche zur Geltung kommen müssen. Darum werfet alle feilschenden Vorurtheile bei Seite und saget nicht mehr: „Sie sind unter sich nicht einig!“ Denn der es ausspricht, ist selbst das Hinderniß. Aber eben keinen Zug dafür legt, keine Hand anlegt, und keinen Pfennig für die Sache opfert, dem kann nicht einmal das Recht des Labels übrig bleiben. Darum vorwärts, und nicht lange gezögert, und in kürzester Zeit wird unser Verein sein ein Bruderband der Genossen, ein Schutz- und Trutzbündnis der Bedrängten, ein sicheres Bollwerk den Kämpfern. Darum hoch das Banner der Brüderlichkeit! Hoch die Fahne der Solidarität!

In diesem Zeichen werden wir stehen, die Zukunft gehört uns.
Leipzig, d. 3. August. Der Vorstand der Völkergesellen.

NB. Alle arbeitertreuen Blätter werden gebeten, verstehen den Aufruf zu veröffentlichen.

Leipzig. Zum Glasarbeiter. Wir machen alle Glasarbeiter darauf aufmerksam, daß diejenigen Meister, welche unsere Forderungen noch nicht bewilligt haben, gesonnen sind, eine Herberge für diejenigen Gesellen zu gründen, welche sich dem Streite nicht angeschlossen oder auf seine Art ihre Kollegen im Stich gelassen haben. Wir machen hiermit bekannt, daß unsere Herberge nach wie vor bei Nothig, Webergasse 56 sich befindet.

Ferner bitten wir alle auswärtigen Kollegen, den Zugang von Leipzig noch fern zu halten. Unterhütungen bedürfen wir nicht mehr, auch ist der Sieg unser, wenn noch 1 Monat der Zugang fern gehalten wird.
Das Komitee.

Leipzig. Fälscher. In seiner Nr. 89 schrieb der „Neue“ — nachdem er mitgeteilt, daß seine Agitatoren Hartmann und Frohne wegen Hochverrats („was beiläufig ein bodenloser Unfuss ist, denn für eine Rede kann man höchstens wegen „Vorbereitung“ oder „Versuch“ zum Hochverrat angeklagt sein“) in Anklage gesetzt worden —: „Das sind also die Männer, welche der „Volkstaat“ und die anderen Blätter der Rebel-Liebnecht'schen Partei fortwährend beschimpfen, sie Polizeispiegel nennen.“

Gegenüber diesem durchaus ungegründeten Vorwurf erwiderten wir in Nr. 63, „daß wir niemals die Herren Frohne und Hartmann, „Polizeispiegel“ genannt, sondern u. s. w.“

Was thut nun der „Neue“? Er schreibt in Nr. 91: „Der „Volkstaat“ behauptet, daß seine Partei („wir“ wie er sich ausdrückt) Frohne und Hartmann niemals Polizeispiegel genannt hätte.“

Die Redaktion des „Volkstaat“ ist nicht so arrogant gewesen, sich mit der „Partei“ zu identifizieren: das „wir“ kann in diesem Falle gar nicht „Partei“ bedeuten, weil der Angriff des „Neuen“ sich ganz direkt auf die Redaktion des „Volkstaat“ bezog. (Siehe Seite 6 dieses Artikels.)

In derselben Nummer nennt der „Neue“ den „Braunschweiger Volksfreund“ und die „Chemnitzer Freie Presse“ „Ableger“ des „Volkstaat“, obgleich er sehr gut weiß, daß die Partei bis dato in keiner direkten Beziehung zu unseren sozialistischen Tagesblättern steht, welche gar ausschließliche Eigentum einiger am Erschwinglichsten derselben wohnenden Parteigenossen sind. Zu dieser Bemerkung fühlen wir uns namentlich deshalb veranlaßt, weil wir uns über die Nachlässigkeit und Sorglosigkeit, mit welcher dann und wann unsere parteigenössigen Tagesblätter Annoncen aufnehmen, die das sozialistische Prinzip beeinträchtigen, schon mehr als einmal brieflich zu beschweren Gelegenheit genommen mühten. Der „Neue“ aber, der unsern Freund Braude, dessen makellosem Charakter nicht einmal ein Schweiger etwas anzudichten vermochte, „Geschäftssozialismus“ vorwirft, weil diesem vielbeschäftigten Mann entgangen war, daß in seinen „Volksfreund“ sich eine prinzipwidrige Annonce eingeschlichen hatte, — der „Neue“ soll vor seiner eigenen Thür lehren und sich seine Nummer 89 vom vorigen Jahre ansehen, worin eine medizinisch-ärztliche Schwindannoncen enthalten ist, und seine Nummern 9, 10, 12, 13, 35, 38, 40, 76 vom vorigen Jahre, worin riesige Reklamannoncen mit „riesigen Lettern“ die „Held-Daubig'sche Staatsbürgerzeitung“ empfehlen. Lebensfalls ist es weit weniger compromittierend, mittels Zuchthausarbeit billig hergestelltes Schuhfabrikat anzupreisen, als die gesinnungslose Schnapsbürgerzeitung sagen zu lassen, daß sie „in freier Weise die Interessen aller Volksklassen vertritt.“ Der „Neue“ hat dem „Volksfreund“ bezüglich der Zuchthausfabrikat-Announce eine zweimalige Beitragsverlegung nachgewiesen, wie dem „Neuen“ eine neunmalige. Daraus wird der „Neue“ ersehen, daß er es nicht nöthig hat, uns seine „Redaktion jede Woche zweimal nach Leipzig zu schicken“ und uns „zur Verfügung zu stellen.“ Die Redaktion des „Volkstaat“ kann Fälscher zu Mitarbeitern nicht brauchen. Und daß die Herren vom „Neuen“ Fälscher sind, wollen wir, wie am Anfang dieses Artikels, auch hier am Schluß zeigen. Der „Neue“ schreibt (Nr. 89):

„Dalten ihm (dem „Volkstaat“) nach seinem eigenen Gehändnis doch seine Parteigenossen den „Neuen Sozialdemokrat“ als „Muster von Redaktionskunst“ vor, woraus erhellt, daß man in seiner Partei mit der Redaktionskunst des „Volkstaat“ gerade nicht vollständig zufrieden ist.“

Worin bestand aber in Wirklichkeit unser „eigenes Gehändnis“? Siehe Nr. 63, Seite 3, Spalte 3, Note 6:

„Uebrigens wollen wir, da uns von Hamburg aus schon manchmal der Berliner „Sozialdemokrat“ als Muster von Redaktionskunst entgegen gehalten wurde, wenigstens daran erinnern, daß dieser oft monatlang hintereinander Passale'sche Drohschriften statt des „Füllstoffs“ abgedruckt und zur Ueberweisung der Veröffentlichung der „Lucinde“ wohl länger als ein Jahr gebraucht hat.“

Zunächst sei also die Fälschung des „Neuen“ konstatiert: Er insinuirt durch die Worte „seine Parteigenossen“ allen unsern Parteigenossen eine Ansicht, die wir bloß als die Ansicht eines oder einiger Hamburger hingestellt haben. Dann aber möge sich der „Neue“ aus dem Wortlaut und Sinn unserer Bemerkung überzeugen, daß nicht seine, sondern des weilsand Schweiger'schen „Sozialdemokrat“, „Redaktionskunst“ und „von Hamburg aus entgegengehalten“ wurde. Herr von Schweiger war in der That kein ungeschickter Redakteur, abgesehen davon, daß er mit seinen Fähigkeiten schamlos Mißbrauch trieb, — geschickter jedenfalls im kleinen Ring, als die jetzige Führerschaft im ganzen Lande. Deßwegen nun, weil Herr von Schweiger recht populär schreiben konnte — eine Eigenschaft, die „von Hamburg aus“) am „Volkstaat“ manchmal vermischt wurde — wurde uns „der Berliner „Sozialdemokrat““ schon manchmal als Muster von Redaktionskunst entgegengehalten.“ Vom „Neuen“ war also gar keine Rede; denn den nennen wir nicht „Sozialdemokrat“, sondern einfach: „Neuen“. Soviel über den Wortlaut. Daß auch der Sinn unserer Bemerkung dieser Erklärung vollkommen entspricht, zeigt sich daraus, daß der „Neue“, der ca. 10 Monate nach seinem Bestehen (als er formell mit Schweiger brach) den Abdruck der „Lucinde“ einstellte, unumgänglich darunter gemeint sein konnte, wenn von einem Blatte gesagt war, daß es „länger als ein Jahr zur theilweisen Veröffentlichung der „Lucinde“ gebraucht hat.“

Döbeln. Unser ländliches Proletariat. Anfangs Juli schien es, als wollten sich die Diensthöten auf den hier umliegenden Dörfern vereinigen, und hatten auch dieselben in dem hier nahe liegenden Dorf Greusnig eine Zusammenkunft gehabt, in der aber leider nichts beschlossene werden konnte. Trotzdem aber brach in dem ebenfalls ganz nahe liegenden Dorfe Hermsdorf ein kleiner Streik aus, es hielten nämlich vier Knechte bei einem Bauer daselbst die Arbeit eines Morans ein, was allerdings den Bauer veranlaßte, weil er die Arbeiter nöthig brauchte, denselben eine kleine Vohlyulage zu gewähren, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Hierauf erhielt aber schnell der Wirth zu Greusnig vom Gendarmen Köhl er hier die Befehlung, seinen Saal nicht etwa zu einer Volksversammlung der Arbeiter herzugeben, was auch der Wirth daselbst gehoramt befolgen sollte; d. Unterzeichneter, ließ es mit natürlich angelegen sein, diesen Herrn Schanowich eines Anderen zu belehren, und zwar nicht ganz ohne Erfolg.

Aber man sucht die Arbeiter noch auf ganz andere Weise einzuschüchtern.

Man erließ nämlich seitens des hiesigen Gerichtsamtes eine Verfügung, in der mehrere Verbrechen, welche zuweilen zur Anzeige gekommen sind, aufgezählt sind, worunter Hochverrat, Aufruhr, Tamult u. s. w. obenan stehen. Dann waren mehrere §§ des Strafgesetzbuches vom Jahre 1855 angeführt, worin es unter Anderem wörtlich heißt: „daß ein jeder Diensthöte seiner Herrschaft Treue, Ehrerbietung und Gehorsam schuldig ist und für sie fleißig zu arbeiten, auch nach der bestehenden häuslichen Ordnung sich zur Kurze zu begeben und früh aufzustehen verbunden ist und auch kein Recht habe, seinen Dienst augenblicklich zu verlassen, widrigenfalls derselbe Rückführung in selbigen, nach Befinden auch Gefängnißstrafe bis zu 14 Tagen zu gewärtigen hat, und der Herrschaft zum Ersatz des aufgelaufenen Schadens verpflichtet wird.“ Königlich Gerichtsam Döbeln, den 18. Juli 1872. Franz.“

Wohlmöglich hat der Herr Amtmann vergessen, den Arbeitern zu sagen, daß sie auch nicht nöthig haben, von früh zwei Uhr an bis Abends zehn Uhr, ja noch später zu arbeiten, und daß unter solchen Umständen ein jeder Diensthöte das Recht hat, die Arbeit sofort niederzuliegen. Auch hat der Herr Amtmann vergessen, die schlechte Kost, welche den ländlichen Arbeitern oftmals dargeboten wird, in Erwähnung zu bringen.

Zugleich brachte auch der hiesige „Anzeiger“ einen Artikel, worin es hieß, daß Exzeller Streifenkomitee habe sich aufgelöst und betrüge die Zahl der Streikenden keine 7000 mehr, wovon 60 pSt. zu den Eingeschücherten, 30 pSt. zu den Verächtlichen und der Rest zu den Agitatoren und mißvergnügten Arbeitern gehörten, die gerne, ohne je selbst zu arbeiten, Andere für sich arbeiten ließen, um deren Geld zu verzehren. Gleich darunter kommt ein Artikel über die Berliner Wohnungsnoth, worin er die Tigerbergeistert und Jagdzier der Hausbesitzer heroorhob. Also oben geschimpft und unten gegeben, daß die Arbeiterklagen doch nicht unbedrängt sind. Es leuchtet ein, daß man es mit einem bloßen Lohnstreik nicht zu thun hat.

Während ich diesen Artikel schreibe, bin ich bemüht, durch eine dreiwöchentliche „Drummerie“ im hiesigen Gerichtsamt die Ehre des Herrn Bürgermeister Thiele hier rein zu waschen. Es scheint, als wenn Herr Bürgermeister Thiele auch mit in dem großen Staatsretterverdienst stehen möchte, denn er hat Herrn Dr. Otto Walster aus Dresden wegen der Döbelner Rede bezüglich des Hochverratsprozesses dem Königl. Bezirksgericht zu Oshay denunziert, und ist in Folge dessen Herr Walster wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und sitzt derselbe nunmehr im Oshayer Bezirksgericht. Herr Walster soll nämlich gesagt haben, der König von Preußen habe 1866 Hochverrat getrieben! Auch der Schullehrer Herr Biele will Dasselbe gehört haben.

Ist es nicht traurig, wenn ein Arbeiter sein Kind zu einem Lehrling in die Schule schicken muß, der außerhalb der Schule die Funktionen eines Polizeibeamten versteht?

Im August, Gefängnißzelle Nr. 7.

Leipzig. Wie falsch das Geschrei der Bourgeoisie bei Aubruch eines Streikes ist, daß nur sozialistische Hebereie die Bewandlung seien, beweist der in dieser Woche hier ausgebrochene Streik der Instrumentenarbeiter (Sarrisen, Sarrisen, Sarrisen u. s. w.). Markneufkirchen ist, wie das ganze Voigtland (selbst Plauen kaum ausgenommen) bis jetzt von dem „Geist des Sozialismus“ gänzlich unberührt geblieben. Der Streik ist nicht allein vollständig berechtigt, wenn man die enorme Steigerung der Lebensmittel und des Rohmaterials, das diese Arbeiter zum Theil selbst zu beschaffen haben, in Betracht zieht, sondern um so natürlicher, als der seit nun 2 Jahren währende, harte Geschäftsgang, besonders der Export nach Amerika, den „Guthbrungslohn“ der Kapitalisten bedeutend gesteigert hat, wogegen die Arbeitslöhne nicht aufgehört wurden. Die Ansichten auf eine Wirkung des Streikes sind aber leider gering, denn diese Leute stehen in gar keiner Verbindung mit Gewerkschaften oder Arbeitervereinen, so daß sie in Bezug auf Unterstützung wohl nur auf sich angewiesen sein werden. Hoffen wir das eine gute Ergebnis, daß die Arbeiter erkennen, wie sie nur dann etwas erreichen, wenn sie eintreten in die große Reihe der internationalen Assoziation. „Als ein dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an!“

(„Dresdener Volksbote.“)

Dresden, 8. August. Den hiesigen Klemmergehilfen wurden bis heute von dreißigdreißig Meistern, welche Namen unterschrieben, 10-stündige Arbeitszeit, 5%, Lohnerhöhung, 8 Pfennige pro Stunde mehr für Bauarbeit, und 60% für Ueberstunden.

Dresden, 7. August. Holzbildhauerstreik in Aussicht, aller Jung ist zu vermeiden.

Die vereinigten Holzbildhauer Dresdens.

Berlin. Eine offene Erklärung des Vorstandes des Hirsch-Dunder'schen Ortsvereins der Steinmetzen und Steinbauarbeiter Berlins die die „Volkszeitung“ in den Inseraten theil verbannt hat, lautet folgendermaßen:

„Im März d. J. trat der Ortsverein der Steinmetzen und Steinbauarbeiter Berlins an den Verein der Inhaber von Steinmetz-Geschäften mit einem Afford- und Lohntarif heran, der im Durchschnitt eine Erhöhung der bisher üblichen Sätze um 25%, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit forderte. Zugleich ersuchten wir um gegenseitige kommissarische Verhandlung. Der unsrerseits Berufte, dessen trägliche Arbeiter schon im Durchschnittsalter von 35 Jahren ins Grab gezogen werden, unmündige Kinder hinterlassen, der wird uns gewis auch den höchsten Lohn nicht vorenthalten wollen. Die Antwort der geehrten Herren z. B. bestand nun in einem ebenfalls ipsemeto ausgearbeiteten Tarif, worin dieselben wohl im Allgemeinen unseren Forderungen zuhimmeln, jedoch namentlich bei der Afford-Arbeit Beschränkungen gebraucht hatten, die den Arbeiter, wie sich durch die Praxis herausstellte, gegen die früheren Preise schwer schädigte. Auch war der bemerkenswerthe Schlußsatz darin enthalten: „Die Annahme dieses Tarifs.“ Nach Prüfung der augenblicklichen Lage der Arbeits-Verhältnisse mühten wir uns, also ohne eine Verhandlung erlangt zu haben, in diesen Tarif einzutreten.“

Nach Beschluß der betr. Gen.-Vers. unterbreiteten wir auf Neue am 26. Juli den Herren z. B. einen verbesserten Tarif, zugleich einen Durchschnittslohn von 10 Thlr. verlangend, und wünschten wiederum eine kommissarische Verhandlung bis 1. August.

Da die am 1. August eingegangene Antwort in keiner Weise diesen gewis billigen Forderungen entsprach, beschloß die General-Vers. vom 4. August die Einstellung der Arbeit auf sämtlichen Steinmetz-, Bildhauer- und Bauten und die sofortige Abreise aller ledigen Kollegen. Zugleich mit diesem Beschluß wurde den z. B. Inhabern die Forderung unterbreitet, die kommissarische Verhandlung sofort zu beginnen. Da sich heute noch keine befriedigende Antwort eingeliefert, so übergeben wir hiermit diese Angelegenheit dem Urtheil der Berliner Arbeiter, auf deren moralische wie praktische Hilfe wir wohl sicher rechnen dürfen.

Der Vorstand des Ortsvereins.
J. A. B. Kohn, Tischr. 23a.“

Unter den Lokalanrichteten derselben Nr. 184 vom 4. August) theilt die „Volkszeitung“ mit, daß der Beschluß die Arbeit einzustellen, bereits in Ausführung gebracht sei und sagt: „Der Grund zu diesem plötzlichen (Die Unterhandlungen begannen schon im März; aber erst am 4. August erklärten die Arbeiter den Streik und demnach spricht die „Arbeiterfreundliche“ „Volkszeitung“ von einem „plötzlichen“ Ausbruch desselben.) Streik ist die Weigerung der Meister, den von den Gesellen aufgestellten Lohn- und Afford-Tarif mit letzteren kommissarisch zu beraten. Bei der strengen Organisation in den Gesellenkreisen ist an der Durchführung der Forderung seitens der Arbeitnehmer kaum zu zweifeln.“

Berlin. Die anlässlich des in Nr. 61 erwähnten Besuchs der Lokomotivführer der Königl. Bahnen um Verbesserung der Gehälter gebrachte Mittelstellung, daß Ärzte abgeordnet worden seien, um durch Theilnahme an den Fahrten die Einwirkungen des Dienstes auf die Gesundheit der Lokomotivführer zu prüfen, ist nach den neuesten Nachrichten dahin zu ergänzen, daß in der That vor circa drei Wochen ein Arzt auf einer Lokomotive von Breslau nach hier und wieder zurück gefahren ist, daß aber durchaus keine offizielle Abordnung stattgefunden hat.

Der Arzt, ein Privatdocent auf der Universität zu Breslau, hat die betreffenden Fahrten allerdings mit Genehmigung der Bahndirektion unternommen, aber lediglich um seine praktischen Erfahrungen zu bereichern. — Uebrigens sollen die Lokomotivführer mit ihrem Besuch ablehnend beschieden worden sein und sollen dieselben jetzt vorhaben, an den Handelsminister direkt sich zu wenden.

Frankf. Am Sonnabend, den 27. Juli, fand hierorts eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung statt, in welcher Herr Fischer aus Spandau als Redner auftrat. Herr Fischer sprach über die Entschleunigung und die Ziele der sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei sei das ureigenste Produkt der heutigen Gesellschaftszustände und ihr Bestreben die politische wie ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse. Redner besprach auch die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften und wies nach, daß dieselben, trotz Dr. Hirsch, schon vielfach das sich gesteckte Ziel des „harmonischen“ Zusammenwirkens mit den Arbeitgebern überschritten hätten und durch die thatsächlichen Verhältnisse sehr bald zur gänzlichen Aufgabe der Harmonie theorie gezwungen werden würden.

Nach Beendigung des besaglichen aufgenommenen Vortrages des Herrn Fischer fühlte sich ein „zufällig“ anwesender Maschinenbauer gedrungen, Projetsen für den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ zu werden.

Die Versammlung, die nicht recht einzusehen vermochte, daß der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ nur allein die Sache der Arbeiter zu vertreten habe, gab dem Mann sehr bald zu verstehen, daß es sich hier um die Sache, und nicht um die Form, um den Kern und nicht um die Schale handele, so daß der „Betreffende“ nach

*) d. h. von einigen Exzerpten des „Sozialdemokrat“, denen die Schweiger'sche Schreibweise, so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß ihnen keine andere mehr gefällt.

erklären erläuternden Worten des Herrn Fischer es für gut fand, während der inzwischen eingetretenen Pause den Saal zu verlassen.

Mit sozial-demokratischem Gruß J. D.
Magdeburg. Am 30. v. M. hielten die hiesigen Schneider eine Versammlung ab, um die Berichterstattung ihres zum Leipziger Schneiderkongress entsandten Delegierten, Herrn John, entgegenzunehmen. War die erste Versammlung, in welcher Herr John gewählt war, nicht stark besucht, um so besser war es die zweite; dieselbe zahlte gegen 300 unserer Kollegen und ein ruhiger und stiller Ernst beherrschte die Versammlung. Es waren auch die Meister des kleinen Gewerbebetriebes vertreten, und was Mandem vor kurzem noch unklar war, sah er jetzt in vollem Lichte, da er den Druck der heutigen Kapitalmacht von Tag zu Tag mehr fühlt und isoliert nichts dagegen vermag.

Herr John referierte über die wichtigsten Punkte des Kongresses, und die Versammlung folgte ihm mit großer Aufmerksamkeit. Er erklärte, daß der Eindruck, welchen dieser Kongress auf ihn gemacht habe, ein unergieblicher für ihn sei und forderte die Anwesenden auf, allen unvernünftigen Egoismus von sich zu werfen, und sich brüderlich die Hände zu reichen zum Schutz und Trutz gegen die Ausbeutung der Kapitalmacht.

Hierauf sprach Herr Habermann in sehr wahren und treffenden Worten, setzte auseinander, wie die zu Berlin tagende Meisterversammlung eine Coalition der Arbeitgeber schaffen wolle, um den Arbeitnehmer gänzlich nach Willkür ausbeuten zu können. Hierauf verlas Unterzeichneter folgende Resolution, welche nach kurzer Debatte einstimmig angenommen wurde.

„Die heute hier tagende Versammlung der Schneider Magdeburgs erklärt sich mit den Beschlüssen des Leipziger Kongresses einverstanden und beschließt, der dort gegründeten Gewerkschaft, im Falle die zur Erreichung vorgelegten Statuten für zweckmäßig anzuerkennen sind, beizutreten.“

Ich forderte hierauf im Sinne meiner Vorrede die Versammlung nochmals zur Einigkeit auf, durch welche allein wir emancipiert werden und die Fesseln der Kapitalmacht abschütteln können.

Kollegen allerorten, blicken wir hin auf die Männer, welche für ihre Ueberzeugung, für die Rechte der enterbten Menschheit, für das Proletariat im Kerker schmachten und lassen Sie uns das Vertrauen, welches dieselben in uns, in das Proletariat gesetzt haben, zu rechtfertigen suchen.
H. Lewes.

Danzig. 1. August. Eine eigenthümliche Beleuchtung zu dem Kapitel „Staatshilfe“ gibt das Verfahren der kaiserlichen Schiffsverfertiger. Schon im vorigen Jahre erhielt der hiesige Schiffsbaumeister, Herr Krawitter, als derselbe die von den Schiffszimmerern in Anbetracht der schlechten Arbeitsverhältnisse gestellten Forderungen nicht bewilligen wollte, 30 der auf der kaiserlichen Werft beschäftigten Arbeiter zur Verwendung, und ganz dasselbe Spiel wurde vor wenigen Wochen bei dem Schiffsbaumeister Deventer in Scene gespielt, indem die Direction denselben 20 ihrer Arbeiter zur Verfügung stellte. Etwa sich Weigernde werden natürlich entlassen. Es erklärt sich übrigens aus diesem Verfahren zur Genüge, daß in Bezug auf das schlechte Lohnverhältnis die Direction sich auf die Privatunternehmer und diese wieder auf die Ersteren berufen können.
(„Volkszeitung.“)

Braunschweig. Nachträglich theilen wir noch zwei der auf dem Braunschweiger Arbeitertag gefassten Resolutionen mit:

„In Erwägung, daß die meisten Arbeitslokale ungenügende Ventilation haben, und daß viele Lokale durch ihre ungesunde Lage direkt die Gesundheit der Arbeiter schädigen, erklärt der Arbeitertag, daß es die Pflicht des Staates ist, die Arbeitslokale einer regelmäßigen Kontrolle zu unterwerfen und die schlechten Einflüsse derselben auf die Gesundheit durch hohe Strafen gegen ungesunde Lokalitäten zu beseitigen.“

„Der Arbeitertag erklärt: Die Arbeiterklasse, das best- und rechtlos gemachte Proletariat, welche trotz aller annexirten Länder und eroberten Provinzen, keinen Fuß breit vom „theuren Vaterland“ ihr eigen nennt, trotz aller ererbten Millionen und erkämpften Milliarden von Kriegsschatzen kaum mehr im Stande ist, den Luxus einer eigenen Wohnung zu erschwingen und einen heimischen Herd zu besorgen, hat nicht den geringsten Grund, Feste zu begehen, die von den herrschenden Gewalten und den an der gegenseitigen Vererbung und Zerstörung des Proletariats interessierten Klassen, als sogenannte „Volksfeste“ in Scene gesetzt werden sollen. „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ ist unsere Parole. Schimpf und Schande über die Arbeiter, die sich an der Sedanfeier der Ausbeuterklassen beteiligen sollten.“

Hamburg. 6. August. Wie überall, so kann auch hier die Streikbewegung nicht zur Ruhe kommen. Sehr erklärlich, denn es ist noch sehr, sehr viel nachzuholen, bevor die verschiedenen Arbeitsbranchen durchschnittlich eine Lohnverbesserung, die nur annähernd im Verhältnis zu den hohen Lebensmittelpreisen steht, sowie eine Arbeitszeitverkürzung erreicht haben. Außer den Sattlern, deren Strike den Lohn und weniger Arbeitszeit verlangen, endlich sind die Steinbrügger (Pflasterer) einem Strike nahe. Letztere stehen im Dienste der Stadt, verlangen eine Arbeitszeit von 6—6 Uhr (bisher 6—7 Uhr) bei 1/2 Stunde Frühstück- und 1/2 Stunde Mittagspause, und haben zugleich auf 4 Schillinge (3 Sgr.) Lohnverhöhung pro Tag angetragen, was etwa 10 Proz. zu ihrem jetzigen Lohne ausmacht. Schon seit zehn Jahren haben diese Arbeiter keine Zulage erhalten, stehen sich also heute viel schlechter als im Jahre 1862. Ob die Deputation auf ihr Gesuch eingehen wird, ist noch ungewis; vor einigen Monaten wies sie ein ähnliches Gesuch derselben Arbeiter zurück. Vielleicht hat sie inzwischen die ungünstige Lage ihrer Arbeiter mehr studiert und erkannt, daß die Forderung der Arbeiter in der That eine beschwundene ist. Sollte sie es nicht gethan haben, nun, dann wird die Noth ihr Beden einlegen müssen. Daß man die hohe Behörde dann in die Acht erklärt, wie es die Krämerkommis neuerdings in Bezug auf die Geschändinhaber thun, welche des Sonntags Nachmittags noch Kaffee, Zucker und Bonbons verkaufen wollten, wird wohl der Herr Staatsanwalt nicht gestatten. Den Krämerkommis erlaubt man diese einzige Waffe, von der sie auch eifrig Gebrauch machen. Leider sind viele ihrer Prinzipale zu sehr krämerseelen, um das Arbeitsbuch der Gehilfen und Lehrlinge zu erleichtern. Sie befürchten, für ihre Leute sei „Rückgang aller Laster Anfang“ und vermögen den Begriff „Erholung“ nicht anders zu erklären als durch den Hinweis auf ein hiesiges Vergnügungslokal, das sich „Erholung“ nennt und wofelbst die Herren Arbeitgeber bei Tanz, Brannt und Champagner öfters ihre Magenfrage lösen. Die Armen!

Zweihräden. Unlängst haben hier die Tischler einen siegreichen Strike durchgemacht; sie haben 10 Prozent Lohnverhöhung bewilligt erhalten.

Mainz. Zum Schutzmacher-Strike. Wir empfangen noch nachträglich zur Dedung unseres Defizits von der hiesigen Metallarbeiter-Union, durch Herrn J. M. Hirsch 9 fl., was wir hiermit dankend bezeichnen.
Das Comité.

Wiesbaden. 1. August. (Kutscherstrike.) Herr Salomon hat mit langer Nase und einigen Tausend Thalern Verlust abziehen müssen. Interessant sind die Mandoir dieses Herrn, sich aus der Klamme zu ziehen. Nachdem er vermittelst der Wiesbadener Presse die in Berlin geschehene Verlobung von 14, dann von 24 und zuletzt von 30 eleganten Landauern ausposaunt hatte, sürchteten viele ängstliche Bemühter um Verdienst und Brod zu kommen und ließen sich schleunig als Kutscher des genannten Unternehmers engagieren; doch so, daß Wagen und Gespann ihr Eigenthum blieben, und sie — nur! — die tägliche Abgabe von 3 Sgr. pro Ein- und von 5 Sgr. für den Zwischspanner zu leisten hatten. Das Glück schien dem kühnen Speculanten zu lächeln; täglich, ja stündlich mehrten sich die Anmeldungen und somit die fünfgrößenstücke. Die Anschaffung von eigenen Fuhrwerken blieb ihm erspart, und seine ganze Thätigkeit bezugte sich auf die Vereinnahmung des Blutgeldes. Doch — die Lage des Glückes vertrauen schnell! Die mit solcher Gewinnsucht angeklügelten Wagen kamen nicht an, und die gelangten Kutscher sahen zu ihrer Freude, daß das Alles nur „Berliner Schwindel“ sei, und traten sofort wieder aus Salomonischen Diensten aus. Da — o wohl schrie Salomon, schrie Kurfürstlicher und Polizei — 3. den die Dinge genau so wie bei Beginn des Strikes. Die Salomonischen Hoffnungen waren zertrümmert, die Kur flackte, die Hoteliers wütheten und die Spiel-

bant litt am horror vacui. Herr Salomon erbot sich, seine Konzeption für 6000 Thaler an die hiesigen Kutscher abzutreten. Die aber schüttelten die Köpfe. Da, „in der höchsten, der schrecklichsten Noth“, kam ein gewaltiger Kopf auf einen rettenden Gedanken: Die Kutscher sollten sich als Verein konstituieren, 1000 Thaler — nicht mehr 6000! — Entschädigung an Herrn Salomon bewilligen (mit der geheimen Bedingung, daß sie dieselben ja nicht zu zahlen brauchen, das besorge die Spielbank mit Donne), und endlich wieder fuhrschren. Und — so geschah es. Der Kurfürstler freut sich der „Schlappe“ der Kutscher, die Polizei ist froh, dieses Handels ledig zu sein, kurz, allseitige Befriedigung ist das Resultat dieses friedlichen Abchlusses. Der Schluß ist gewis beiter, aber die Gedanken, die dem denkenden Menschen aus der Betrachtung solcher Zustände aufsteigen, sind erst genug.
(Demot. Ztg.)

Rürnberg. 3. August. (Was die Nürnberg Bourgeoisie unter Coalitionstheorie versteht.) Vor ungefähr 6 Wochen gründeten die Fleischartarbeiter von Schweinau und Nürnberg einen Fachverein, um in demselben über Verbesserung ihrer Lage zu beraten. Von uns in mehreren Versammlungen unterstützt, nahm der junge Verein einen erfreulichen Aufschwung und zählte bereits über 200 Mitglieder. Nach Verlauf einiger Wochen richteten die Vorstände im Auftrage sämtlicher Fleischartarbeiter ein in der denkbar höchstlichen Form abgefaßtes Gesuch an die Fabrikanten, in dem sie um eine geringe Lohnverbesserung nachsuchten. (Die Mehrzahl der Fleischartarbeiter steht in Bezug auf Verdienst und Lebensweise beinahe auf derselben Stufe wie die sächsischen Weber.) Was thun die Fabrikanten hierauf? Sie drohen Leben, der dem Vereine angehört, mit der Entlassung und mehrere Verwaltungsmitglieder sind vorzige Woche wirklich gemargretelt worden. Die Helben, die dieses Attentat auf die Coalitionstheorie der Arbeiter verübten, sind die fortschrittlichen Herren Fröschus, W. Städler, Grobberger und Conradi. Morgen findet nun deshalb Generalversammlung in Schweinau statt und werden wir den Ausgang dieser Angelegenheit nächstens in einem längeren Artikel mittheilen.

Doch nun zu etwas Anderem, recht Unvergesslichem für Arbeiterherzen. Vorgestern Abend um 1/2 Uhr explodirte in der Westbaleischen Maschinenfabrik auf dem Lafelfeld der Dampfessel und richtete eine juchbare Verpekerung an. Ein Maurerpolier, der oben beschäftigt war, den Kessel frisch zu ummauern, wurde sofort getödtet. Der Kopf wurde ihm vom Kumpfe getrennt und der Körper etwa dreißig Schritte über das nachstehende Gebäude hinweggeschleudert. 5—6 Arbeiter liegen sehr schwer verwundet im Spital und eine noch größere Anzahl ist mehr oder minder leicht verletzt. Das Kesselhaus ist dem Erdobben gleich, und ist es nur dem Umstande zu verdanken, daß noch nicht alle Arbeiter vom Vesper zurückgekehrt waren, daß das Unglück nicht noch gräßlicher ausgefallen ist. Der Kessel war notorisch schlecht, und nur die niederträchtigste Ausbeutungsjucht des Fabrikanten und die Unfähigkeit des Ingenieurs Abraham sind an dem schrecklichen Vorfall Schuld. Noch vorzige Woche mahnte der Herr den Ingenieur, den Kessel machen zu lassen, worauf ihm die acht kapitalistische Antwort zu Theil wurde: „Ach was, machen lassen? Der Kessel muß noch gehen.“ Am Morgen des Unglückstages lag man die porthanen Risse, durch welche bereits das Wasser drang, verstemmen und Nachmittags ging der Teufel los. Weidern sahberhändigen Arbeiter ging da nicht die Galle über? Ruh es da nicht Jedem wünschenswerth erscheinen, die ganze heutige Produktionsweise so bald wie möglich beendet zu sehen?

Der getödtete Maurer ist Familienvater und viele der anderen verletzten Arbeiter ebenfalls. Alle übrigen Arbeiter, die unversehrt blieben, sind augenblicklich arbeitslos. — Wir wollen sehen, auf welche Weise das sogenannte Gastschiffgesetz gegen diesen Ausbeuter in Anwendung gebracht werden wird.

Ein anderes Bild. Gestern Nachmittag reiste der „deutsche Kaiser“ incognito hier durch. Feldgeneral „von der Lann“ hatte ihn an der Landesgrenze (wie heißt „bairische Landesgrenze“) empfangen und dinitte mit ihm. Dazu spielte die Musik vom 14. Regiment und das versammelte gebildete Publikum „gochte“ ihn an. Als 1866 die Oesterreicher hier durchkamen, war ebenfalls fortwährend viel Volk versammelt, und so kam es auch, daß man einmal einen Zug Ochsen für österreichische Soldaten ansah und anhochte. Keinlich ging es diesmal. Kurz vor dem Kaiserzug fuhr ein Güterzug in den Bahnhof, und die vom Perron vollständig abgesperrte Menge brüllte ein wahnwitziges Hoch. Ob dieser Zug ebenfalls Ochsen enthielt, wissen wir nicht.

42 Polizeibeamten in Uniform und 4 als geheime Spießer bewachten den allerhöchsten Leichnam, macht Summa Summarum 46 Mann. Wer wollte da noch attestaten? Die Sozialdemokraten haben ja überhaupt während der Arbeitszeit keine Zeit zur Ausföhrung solcher gottelasterlichen Gedanken. Auch unser hochblöthiger Stadtmagister mit der unvermeidlichen Halskette war anwesend. Oh, wie süß ist doch das Weiden und Bauchtreiben!!!

Aus diesem letzten Berichte sehen Sie, mit welchem Publikum wir hier zu kämpfen haben. Das nationale durch und durch vrsumpfe Nürnberger Spießbürgerthum kann nicht begreifen, wie jemand einer anderen, der seinigen entgegengegesetzten Meinung sein kann, und brüllt stets wie ein angechoffener Büffel, wenn es nur das Wort Sozialdemokrat zu hören bekommt. Nehmen Sie dazu die heimtückische Agitationsweise der Hirsch-Dunderscheren, so werden Sie zugeföhren, daß York sehr Unrecht hatte, wenn er auf dem Braunschweiger Arbeitertag sagte, wir Süddeutschen trieben Kirchthurmspolitik. Dagegen vermehren wir uns ganz entschieden — wir passen unsere Thätigkeit eben ganz einfach den lokalen Verhältnissen an. Ende dieses Monats werden wir auch die Ehre haben, den Berliner Wunderdoktor eine seiner Gewerkschaftsempfehlungs- und Sozialistenverdamnungsreden deklarieren zu hören. Wir freuen uns schon darauf.

Zwidau. d. 10. Aug. Da am hiesigen Orte ein Strike der Tischlergehilfen in Aussicht steht, werden alle Kollegen ersucht, Bezug nach hier fern zu halten sowie Arbeitsnachweis zu senden an das Komitee der Zwidauer Tischlergehilfen per Adresse Herrn Richter, Herbergschwitz, Schergasse. J. A. H. Heriel.

Danzig. Hier haben sämtliche Schiffszimmerer die Arbeit eingestellt.

Brüssel. Hier steht ein Kürschnerstrike bevor; es haben nämlich die Wüffler Kürschnermeister eine Contre-Internationale gegründet, deren Statut heute beraten wird. Der § 1 dieser Statuten heißt: Jedes Mitglied der Kürschnermeister-Assoziation ist bei Strafe von . . . verpflichtet, jeden Arbeiter, der der Internationale angehört hat, sofort zu entlassen. § 2. Kein Meister darf dulden, daß seine Arbeiter in irgend einen Arbeiter-Verein eintreten etc. etc. — Warnen Sie daher im „Volksstaat“ vor Bezug nach Brüssel. Die Brüsseler Kürschner ebenso die wie von Lütkich wollen sich der Internationalen Kürschnergenossenschaft anschließen und sich schleunigst organisieren, ich bitte Sie daher, mir umgehend die Statuten der betreffenden Genossenschaft zu schicken, sowie auch die Adresse des Ausschusses.

Die Delegierten des Gruxter Kongresses, deren Adressen noch nicht in unsern Händen sind, werden gebeten, und dieselben sofort zusammen zu lassen.
J. A. Theod. York, Hamburg, Amandant. 44.

Zur Notiz.

Gedichte, deren Form so mangelhaft, daß sie einer Korrektur vor der Aufnahme bedürfen, können nur in den allerletzten Fällen berücksichtigt werden.
Rec. d. B.

Für Annoncen im Monat Juli

(NB. Die in Klammern gesetzten Zahlen sind ältere Rückstände.)
haben zu entrichten: Augsburg, arb. Partei 26 Rgr.; Schuhmachergewerkschaft 3 Rgr.; Stouberg 8 Rgr. **Kunweiler,** Seeback (10 Rgr.) **Apsida,** Reichert 9 Rgr. (Arb.-Zeit 8 Rgr.) **Altona,** arb.-Ber. 9 Rgr. (19 Rgr.); Holzarb.-Gewerkschaft 5 Rgr. (5 Rgr. 5 Pf.) **Bremen,** arb.-Partei 5 Rgr.; Arb.-Ber. 7 Rgr. **Berlin,** Metallarb.-Gewerkschaft 5 Rgr.; Soz.-dem. Arb.-Ber. 5 Rgr. (15 Rgr.) **Barmen,** Werth 4 Rgr. **Breslau,** arb.-Part. 20 Rgr.; Ber. Gesellschaft 15 Rgr. **Cöln,** Rittingshausen 2 Thlr. 30 Rgr.; Gewerkschafterversammlung (12 Rgr.) **Cañel,** arb.-Partei (18 Rgr.) **Dresden,** Schneiderver. (11 Rgr.); Löggecl (9 Rgr.); Schuhmachergew. 16 Rgr.; Holzarbeitergew. (3 1/2 Rgr.); Nemesis (9 Rgr.) **Darmstadt,** Donges (8 Rgr.) **Eibersfeld,** Born 22 Rgr. (10 Rgr.) **Görlingen,**

8 Rgr. **Frohburg,** Volksver. 6 Rgr. **Frankfurt a. M.,** 6 Rgr. (4 Rgr.) **Gießen,** Orbis (2 Rgr.) **Gotha,** Soz.-dem. Arb.-Berein (2 Rgr.) **Hannover,** Soz.-dem. Arb.-Ber. 1 Thlr. 8 Rgr.; Gesangsver. 11 Rgr.; Holzarbeitergew. (5 Rgr. 5 Pf.) **Hamburg,** Soz.-dem. Arb.-Ber. 1 Thlr. 27 Rgr.; Holzarbeitergew. Ausch. (7 Rgr.) **Herborn,** Heinz (4 Rgr.) **Yugau,** Turnverein (9 Rgr.) **Kunzenau,** Arb.-Bildungsver. 4 Rgr. (12 Rgr.); Rathes Restaurateur (4 Rgr.) **Leipzig,** Arb.-Bildungsverein 8 Rgr.; Metallarbeitergewerkschaft 22 Rgr.; Kürschnerver. 1 Thlr. 4 Rgr. (29 Rgr.); Holzarbeitergewerkschaft 29 Rgr. **Mainz,** Lemoine 7 Rgr.; Levenbender (5 1/2 Rgr.) **Marburg,** Arb.-Part. (3 Rgr.) **München,** Arb.-Part 8 Rgr. (3 Rgr.); Tischlergewerkschaft (4 Rgr.) **Nürnberg,** (3 Rgr. 5 Pf.) **Pfulingen** bei Reutlingen, Reuz (8 Rgr.) **Reichenbach,** i. Egld. Arb.-Part. 6 Rgr.; Müller 9 Rgr. **Ronneburg,** Volksverein 7 Rgr. (2 1/2 Rgr.) **Manufakturarb.-Gew. 6 Rgr. Rochitz,** Arb.-Ber. (22 Rgr.) **Stollberg,** Arb.-Bildungsver. 7 Rgr. **Stuttgart,** Soz.-dem. Arb.-Ber. 9 Rgr. (18 Rgr.) **Wandersbeck,** Soz.-dem. Arb.-Ber. (4 1/2 Rgr.) **Würzburg,** Schuhmachergew. 7 Rgr. **Waldheim,** Produktivgenossenschaft (8 Rgr. 5 Pf.). **Werdau,** Arb.-Partei (3 1/2 Rgr.)

Wir sprechen die sichere Erwartung aus, daß die Vertrauensmänner der Partei wie die Vorstände der Vereine pflichtgemäß Sorge tragen werden, daß die Annoncen-Beiträge, besonders die Rückstände, innerhalb 14 Tagen bezahlt werden.

Die Expedition des „Volksstaat“.
Briefkasten
der Expedition: Heilbrunn in Bielfeld f. Annoncen 4 Gr.; f. in Wien 48 Thlr.; Martin in Hainichen f. Annoncen 19 1/2 Gr.; Ged in Hamburg f. Annoncen 1 Thlr. 14 Gr. R. Opp. in H. f. Schrift 11 Gr. der Redaktion: B. Berlin: Manuscript kam erst Freitag früh hier an, also viel zu spät für die Sonnabendnummer. Auf dem Buchhandel, W. L. Rochly, Schw. Eisenfeld in nächster Nummer. D. G. Granga da: Mitg. dankend erhalten; Jes kann jedoch erst in einigen Wochen zum Abdruck gelangen. Dank dem unermüßlichen Fleiß unserer Mitarbeiter sind wir seit auf 2—3 Monate mit Aufsätzen versorgt.

Für politisch Gemäßigete.
Bon B. in Penig 1 Thlr.; K. in Borna 5 Gr.; v. R. Opp. in H. 8 Gr.; Erbs einer Auktion eines Königsbildes von K. L. in Reuzschönefeld 15 Gr. durch Erwald. Grp. d. B.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.
Mittwoch, den 28. August
außerordentliche
Generalversammlung
im Saale des Arbeiterbildungsvereins, Rittersstr. bei Schay.
Tagesordnung: Abänderung des von der Behörde beanstandeten § 10 des Genossenschafts Statuts.
Leipzig, 12. August.
Der Ausschreibungs-
(2) 1 Der Ausschreibungs-
B. Ulrich, Vor.

Für Leipzig.
Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter.
Einladung zum
Stiftungsfest.

Die Parteigenossen von Rath und Fern werden hierdurch freundlich eingeladen, an unserem **Stiftungsfest**, welches am 18. August von Nachm. 3 Uhr in den Räumen der goldenen Krone zu Gonnwitz stattfindet, sich recht zahlreich zu betheiligen.

Programm:
Concert. Festsrede, gehalten von Th. Nord (Hamburg). **Abends: Ball. Feuerwerk u. s. w.** Das Fest-Comitee.
(2) 1

Für Leipzig.
Sozial-demokratischer Arbeiterverein.
Freitag, 16. August, Abends 8 Uhr
im **Leipziger Saal.**
Gäste willkommen. Der Vorstand.
Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Versammlung der **Beitrittscomitee-Mitglieder**, Donnerstag, den 15. August im Arbeiterbildungsverein, Abends 8 Uhr. D. St.

Für Leipzig.
Der Herr, der in der allgemeinen Arbeiterversammlung vom 2. d. M. bei Renn (Johannisplatz) einen Regenschirm sieben gelassen hat, wolle denselben abholen bei E. Seifers, Reuzschönefeld, Eisenbahnstr. 4, II.

Einladung zum Stiftungsfest
des
Volksvereins zu Meerane.
Sonntag, den 1. Sept., Nachmittags 4 Uhr
in den **Räumlichkeiten des Bairischen Hofes.**
Die Festsrede gehalten von einem der tüchtigsten Parteigenossen.
Alle Freunde und Gesinnungsgenossen, welche den Zweck dieses Festes kennen, laden wir hierdurch zur Theilnahme freundlich ein.
Entree 1 Rgr. Größere Corporationen mögen der Ordnung halber ihre Festgeichen zur geeigneten Zeit von hier beziehen.
Meerane, den 14. August. Der Vorstand.
(4) 1

Für Göttingen.
Nächsten Sonntag Abend
Zusammenkunft
bei Förnsler, Bierbrauer.

Papierwäsche!

nebst **Shlipsen und Kravatten** in beiderlei Auswahl, empfiehlt bei realen Preisen **C. Beyer**, Co. omnadenstr. Nr. 1. (2) 1

„Es werde Licht“,
Borsten von **Leopold Jacoby.**
Berlin 1872. Ladenpreis 12 Sgr.
Bei 6 Exempl. wird der Preis auf 7 1/2 Sgr., bei 30 Exempl. auf 6 Sgr.
* (5) 2 **G. G. Olden.** Berlin. Poststr. 45.
Durch die Expedition des „Volksstaat“ sind zu beziehen:
Kassale: Arbeiterprogramm a 2 1/2 Gr.
„ Pastal-Schule a 15 Gr.
„ Julian Schmidt a 12 1/2 Gr.
Bei Partienbestellungen gegen baar oder Postvorschuß entsprechenden Rabatt. Die genannten Broschüren waren seit einiger Zeit nicht oder nur mit Mühe zu erhalten.
Vorräthig sind ferner alle übrigen Kassal'schen Broschüren und Werke mit Ausnahme der „indirekten Steuern“, des „Arbeiterlebensbuch“ und „An die Arbeiter Beschl.“
Ferner sind vergriffen:
Di. II. Aufl. „Unsere Ziele“ v. Bebel (erscheint demnächst in III. Aufl.)
„Richtungsreden von 1871“ v. Bebel. „Das sächsische Disidentengesetz.“ „Lage der arbeitenden Klassen in England“ von Engels.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Für die Filialexpeditionen u. Schriften-
kolporteurs.
Da mit der IV. Lieferung des **Hochverratsprozess** 5 die Hälfte des Werthes erschienen, wird hiermit ausgetortert, den Betrag für die ersten vier Lieferungen einzusenden, und die übrigen Exemplare, wenn hierfür kein ablag vorhanden, zurückzugeben.
Die Expedition des „Volksstaat“.
Leipzig: Verantw. Redaction u. Verlag: Redaction u. Expedition Poststr. 4; Druck u. Verlag v. F. Zwickl.

*) Ein Teigt der Meer.